

Vossische

Begründet



Zeitung

1704

Berlinerische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabella, Wollenkurszettel der Berliner Börse.

Bezug: Monatlich 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M. in Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1,50 M. u. 33 1/2 % Feuerungszuschlag, Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-28, und in allen Geschäftsstellen des Verlags.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Baebmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Für eine Reichspolizei.

Der Verbandstag preussischer Polizeibeamter.

Der zweite außerordentliche Verbandstag der Polizeibeamten Preußens trat gestern bei zahlreicher Beteiligung, in Anwesenheit von Vertretern verschiedener Behörden und Beamtenorganisationen in den Musikerjulen zusammen. Der Verbandsvorsitzende Schrader leitete die Verhandlungen. Fast den ganzen ersten Sitzungstag nahm die Frage der Reorganisation der Polizei in Anspruch. Sämtliche Redner forderten eine Vereinheitlichung der Polizei und wandten sich als „Blaue“ gegen die „Grünen“. Dagegen war die Frage, ob Gemeinde- oder Staatspolizei, sehr umstritten.

Syndikus Dr. Fuchs-Dichtersfelde trat dafür ein, daß die Polizei in der Hand der Gemeinden bleibe, nur so könne sie das Vertrauen und damit auch die Unterstützung der ganzen Einwohnerschaft gewinnen. Die Kriminalpolizei solle nicht der Staatsanwaltschaft unterstehen, nicht die Verfolgung der Verbrecher, sondern die Verhütung von Verbrechen müsse ihre Hauptaufgabe sein. Gerade in der Gegenwart sei der Versuch, die Polizei militärisch zu organisieren, ein schwerer Fehler. Demgegenüber forderte Dr. Falk vom Reichswirtschaftsministerium die Zusammenlegung aller Zweige der Polizei und ihre Unterstellung unter das Reich. Das Reichswirtschaftsministerium wünsche, daß zunächst wenigstens einheitliche Grundsätze für die Polizeien in ganz Deutschland geschaffen werden. Daß die kommunale Polizei dem Schleichhandel gegenüber versagt habe, sei Schuld ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage, wie der Zersplitterung in der Polizeiverwaltung. In vielen Gemeinden seien die Polizeichefs gleichzeitig Lebensmittelbezernter, dadurch müsse es zu Konflikten kommen. Gelingen es nicht, die Landwirte zu besserer Ablieferung zu veranlassen und eine gerechtere Verteilung durchzuführen, was nur mit Hilfe einer straffen, in einer Hand vereinigten Polizei möglich sei, drohe unserer Lebensmittelwirtschaft der gleiche Zusammenbruch wie in Deutsch-Oesterreich. Die Polizei habe sich als Vollstreckerin des Volkswillens zu fühlen.

Generalsekretär Dr. Franke wandte sich gegen die Einrichtung der grünen Polizei. Hätte die Regierung vor deren Schaffung den Rat von Fachleuten gehört, so würde sie sich die nationale Demütigung durch die Entente erspart haben. Was uns nottue, sei keine neue Polizei, sondern eine Stärkung der alten. Polizeiinspektor Becker unterzog die Neuordnung des Groß-Berliner Polizeiwesens einer eingehenden Kritik. Der neuen Sicherheitspolizei fehle jede Fühlung mit der Bürgerschaft. Die Zusammenlegung der Meldestellen und Ordnungsreviere erschwere die Tätigkeit der Polizei, statt sie zu erleichtern. Die Sicherheit Berlins sei am besten durch eine durchgreifende Dezentralisation und eine Verdoppelung der Zahl der Schutzleute gewährleistet. Sehr zu bedauern sei die Zersplitterung der Polizei, die nur nutzlose Streitigkeiten über die Zuständigkeit zur Folge habe. Die Schaffung von Bezirksämtern müsse dagegen gutgeheißen werden. Nur die Delegierten aus Westdeutschland besprachen eine Kommunalisierung der Polizei. Verschiedene Redner verlangten, daß die Polizeipräsidenten aus den Reihen der Fachleute und nicht der Parteipolitiker entnommen würden. Die Polizei sei gern bereit, die Staatsregierung nach Kräften zu unterstützen, sie wolle aber **politisch neutral** sein. Mit großer

Mehrheit wurde folgende vom Reich und Land der ~~Polizei~~ **Polizei** Deutschlands vorgelegte Entschliebung angenommen:

„Der Verbandstag tritt für Schaffung einer **einheitlichen Reichspolizei** ein und fordert die Einsetzung eines besonderen Ressortministers für Polizeiwesen.“
